



Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitssuchende

Tel.: (0512) 572343 | Fax 572343-23

www.dowas.org

office@dowas.org

OFFENER BRIEF

Die angekündigte Novelle des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes bedeutet einen Wortbruch der Landesregierung

Im Regierungsprogramm von 2022 wurde das bestehende Tiroler Mindestsicherungsgesetz noch als zentrale Stütze der Sozialpolitik in Tirol bezeichnet und **Verschlechterungen im Vergleich zu den bestehenden Regelungen ausgeschlossen**. Es wurde damals sogar wortreich der Bund in die Pflicht genommen und gefordert, das Sozialhilfegrundsatzgesetz gehöre nach dem Vorbild Tirols geändert.

Drei Jahre später ist davon nichts mehr übrig. Vergangene Woche wurde blitzartig eine **Novelle angekündigt, die im Kern nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch abzulehnen ist**. Wie angekündigt, sollen subsidiär Schutzberechtigte und viele Drittstaatsangehörige den Anspruch auf Mindestsicherung verlieren, es wird weniger Geld für Mehrkindfamilien geben und es sollen Sanktionen möglich werden, die zum völligen Entfall der Mindestsicherung führen.

Die Landesregierung sieht darin aber keine Verschlechterung, sondern bringt die Gerechtigkeit ins Spiel, die dann bestünde, „wenn es einen spürbaren Unterschied zwischen jenen gibt, die tagtäglich zur Arbeit gehen (...), und jenen, die Mindestsicherung beziehen“.

Damit wird einer Gruppe von Mindestsicherungs-Bezieher:innen unterstellt, sie ruhten sich in der „sozialen Hängematte“ aus und müssten daher durch Anreize für den Arbeitsmarkt aktiviert werden. Ignoriert wird dabei, dass **70 % aller Personen, die Mindestsicherung beziehen, sogenannte „Aufstocker“ sind¹**, die trotz Erwerbsarbeit, AMS-Leistung oder Pension zu wenig zum Leben haben. Die Einkommen in Tirol geben also nicht genug her. Anstatt den Arbeitsmarkt in den Blick zu nehmen und für ein höheres Lohnniveau zu sorgen, wird weiter an der Aktivierungsschraube gedreht. Zu bedenken ist außerdem, dass **43 % der Bezieher:innen in Tirol Kinder im gemeinsamen Haushalt sind²**. Ihnen wird durch die Kürzung die Zukunft verbaut.

Die Versorgung von Menschen, deren Einkommen nicht zum Leben reicht, wird als Zumutung betrachtet und Armut, Unterversorgung und Arbeitslosigkeit nicht strukturell, sondern an den Betroffenen festgemacht und teilweise auch in Kauf genommen.

¹ <https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/herbstklausur-landesregierung-bringt-gerechte-reform-der-tiroler-mindestsicherung-auf-den-weg/>

² <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialeleistungen/mindestsicherung-und-sozialhilfe>

Die geplante Novelle nimmt **gezielt Ausländer:innen und Geflüchtete ins Visier**. Offenbar war es der populistisch-fremdenfeindlich geführte Diskurs in Österreich und Tirol, dem die Landesregierung nun ebenfalls folgt. Da hilft auch der rhetorische Seiltanz wenig, dass „in Tirol jeder Hilfe bekommt, der Hilfe benötigt“. In letzter Konsequenz geht es dabei um die **Abwehr von unliebsamen Gruppen in der Gesellschaft, die scheinbar auf Kosten der angestammten Bevölkerung leben**.

Die Hauptgründe für die Beantragung von Mindestsicherung sind neben den geringen Einkommen **die hohen Wohnkosten in Tirol**. An zweiter Stelle rangieren die hohen allgemeinen Lebenshaltungskosten, die österreichweit Spitzenreiter sind. Wenn jedoch die Wohnkosten nur mehr im Rahmen einer bundesweit vorgegebenen Regelung übernommen werden, die auch noch die bestehende Wohnkostenverordnung unterbietet, wird deutlich, **dass letztlich alle auf Mindestsicherung Angewiesenen mit Einschnitten durch die Novelle zu rechnen haben**.

Faktisch bezogen 2024 durchschnittlich nur 7.000 Personen pro Monat Mindestsicherung in Tirol, der Großteil davon nicht länger als drei Monate. Insgesamt erhalten 0,9 % der Bevölkerung Tirols Mindestsicherung. In den vergangenen Jahren sind die Ausgaben in der offenen Mindestsicherung zudem sukzessive zurückgegangen. **Es gibt also keinen rational nachvollziehbaren Grund, jetzt einen Alleingang einzuschlagen, noch weniger, da der Bund derzeit an einer neuen Vereinheitlichung bastelt**.

Der Verein zur Förderung des DOWAS versteht auch als Sprachrohr derjenigen, die in Tirol auf Mindestsicherung angewiesen sind. Mit Kürzungen in der Mindestsicherung wird kein Budgetloch gestopft, sondern weitere Härtefälle geschaffen.

DOWAS/Chill Out

Innsbruck, 24.09.2025

Peter Grüner (0512-572343-26)
Oliver Altmayer (05372-90999)